Heute offener Brief des KJVD an die Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes (Siehe 3. Seite)

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (sechsf.) an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Alg. Internationale Annoncen-Expedition, Dresden, Seilergasse 7, Hp., Tel. 27 833, Postscheck Dresden 265 15. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 250. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 RM (im voraus zahlbar), durch die Post 2 RM (zuzügl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilde Kloeßich, Dresden-A., Ammonstraße 63.
Tel. 25 521. Postscheckkonto Dresden 20 414. Verantwortlich für Lokales: Otto Gäbel, Dresden; Ausland: Karl Breitkner, Berlin; für den übrigen Teil: Oswald Hantich, Dresden; Inserate: Fritz Kitscher, Dresden. Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2, Telephon 17 250. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 600.

8. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 23. März 1932 — Nummer 70

Die neue Unternehmeroffensive eröffnet!

Ferienraub bei den Metallern

Unternehmer und Gewerkschaftsbürokraten beseitigen gemeinsam die Sozialrechte. Provokatorische Entlassungsdrohung. Neuer Lohn- und Unterstützungsabbau wird im Einverständnis mit der Hindenburgfront der sozialfaschistischen und christlichen Bonzen vorbereitet. Arbeiter, nehmt den Kampf auf unter Führung der KPD und RGO!

Von einem Arbeiterkorrespondenten wird uns die Abschrift eines Anschlages übergeben, der gestern in der Maschinenfabrik **Universelle** von der Betriebsdirektion am schwarzen Brett angebracht wurde. Der Anschlag lautet:

„Um Entlassungen, die zwecks Ferienersparnissen etwa beabsichtet sein sollten, nach Möglichkeit zu vermeiden, haben die Tarifvertragsparteien am 18. März 32 folgende Vereinbarung zum Tarifvertrag vom 9. 12. 1930 getroffen:

Die Ferienbestimmungen des zum 30. 4. 32 gekündigten Mantelvertrags treten mit dem 31. März 32 außer Kraft. Die Ferienregelung des künftigen Manteltarifvertrages gilt rückwirkend auch für diejenigen Arbeiter, die im Laufe des Monats April 1932 ausscheiden. Um diese Vereinbarung auch für die nicht tarifbeteiligten Arbeiter auszudehnen, kündigen wir diesen die Einzelverträge zwecks Aenderung derselben in obigem Sinne.

Wer mit dieser Aenderung nicht einverstanden ist, wolle sich zwecks Abholung der Papiere bis spätestens 30. 3. 32 bei der Betriebsleitung melden."

Ein Faustschlag ins Gesicht der Arbeiterschaft ist dieser unerhörte neue Unternehmervorstoß. Eines der letzten sozialen Grundrechte der Tarife wird mit einem Schlage beseitigt. Der Anschlag der Universelledirektion ist kein Einzelfall. Zur gleichen Zeit hat die Firma Schubert & Salzer in Chemnitz einen gleichlautenden Anschlag herausgebracht, das beweist, daß es sich um einen wohlvorbereiteten Vorstoß der Unternehmer handelt. Und dieser brutale Vorstoß erfolgt

in Gemeinschaft mit den sozialdemokratisch-freigewerkschaftlichen und „christlichen" Gewerkschaftsbonzen.

Sie sind es, die direkt beteiligt sind an dem Raub des Ferienrechtes der Arbeiterschaft. Wieviel daran die Unternehmer profitieren, zeigt die Ausdehnung dieser Abmachung auf die nicht tarifbeteiligten Arbeiter. Wie schamlos die Unternehmer und die Gewerkschaftsbürokraten vorgehen, beweist ihr Ultimatum: Wer mit dieser Aenderung nicht einverstanden ist, kann sich seine Papiere holen — das heißt — der fliegt aufs Pflaster!

Dieser Vorstoß hat jedoch noch seinen besonderen Hintergrund:

Da am 30. April das Lohnabbaudiktat der 4. Notverordnung abläuft, das unter Durchbrechung des Tarifrechts mit dem Artikel 48 und mit der Unterstützung der SPD-Führer erlassen wurde, bereiten die Großindustriellen die völlige Zerschlagung des Tarifrechts vor. Die schwerindustrielle Kölnische Zeitung schreibt dazu: „Wir werden dabei endlich dem Problem des starren Lohntarifs zu Leibe gehen müssen."

Das Programm, den Schlachtplan für diese neue Unternehmeroffensive haben die sächsischen Industriellen bereits auf ihrer Tagung, noch ernstlicher aber der Reichsverband der Deutschen Industrie unter dem Vorsitz Krupps, entworfen, desselben **Krupps, der die Hindenburgwahl gemeinsam mit Wels und Leipart organisiert!** Zerschlagung aller Tarife, Raub der Ferien, unerhörten neuen Lohnabbau — das sind die Grundgedanken der Unternehmerpläne. Mit ihnen verbunden ist ein

Generalangriff gegen die Erwerbslosenversicherung

Die kommunalen Spitzenverbände haben bereits eine Denkschrift eingereicht, die die „**Sanierung der Erwerbslosenversicherung**" fordert. Das bedeutet nichts anderes als die **Herabdrückung der gesamten Erwerbslosenunterstützung** auf das Niveau der „Wohlfahrtsfürsorge" zur „Einsparung" von Hunderten von Millionen auf Kosten der Aermsten der Armen.

Und diese Raubpläne, die alle bisherigen Maßnahmen in den Schatten stellen, werden organisiert und mit durchgeführt von den sozialfaschistischen Gewerkschaftsbonzen! Oder wollen diese es zu leugnen wagen angesichts des Ferienraubanschlages in der **Universelle**, aus dem klipp und klar hervorgeht, daß diese Maßnahme **laut Vereinbarung mit der Gewerkschaftsbürokratie erfolgt ist.** Oder ist es etwa ein „Zufall", daß der „Krisenkongreß" des ADGB, das neue sozialfaschistische Betrugsmanöver, verschoben wird, gerade nachdem der Industriellenverband und der Reichswirtschaftsrat jede Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten abgelehnt haben? Zeigen nicht alle diese Vorgänge mit unerhörter Eindeutigkeit, daß die sozialdemokratischen Führer mit den ärgsten Feinden der Arbeiterklasse unter einer Decke stecken.

Was wir Kommunisten im Dezember voraussagten, tritt ein:

Die Durchführung der vierten Notverordnung mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer hat zur Folge, daß das raubgierige Unternehmertum **erneut** zur Aufbürdung noch schlimmerer Lasten auf die Schultern der arbeitenden Massen vorstößt. **Die Wahlen in den Ländern Preußen, Bayern u. a. m. und der Volksentscheid in Sachsen sind erst nach den Präsidentenwahlen angesetzt, damit die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten und die Erwerbslosen erst eine Woche nach den Wahlen im vollen Umfang erfahren, welch neuer Feldzug im Namen der Notverordnungspolitik und mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegen sie durchgeführt wird.**

Die Kommunistische Partei und die RGO setzen sich an die Spitze des Widerstandes der arbeitenden Massen, des Widerstandes in allen seinen Formen gegen die Kapitalsoffensive.

Kriegsproduktion im Industriegelände

Kartonagen-AG Dresden fabriziert Sprenghülsen für Granaten · Dresdner Arbeiterschaft rüstet zum Antikriegstag am 6. April

Wir sind heute in der Lage, durch Mithilfe unserer Arbeiterkorrespondenten die Enthüllungen **über Kriegsproduktion in** Dresdner Betrieben fortzusetzen. In der **Aktiengesellschaft für Kartonagenindustrie, Dresden, Industriegelände**, werden seit einiger Zeit Sprengstoffhülsen für 8,8-Zentimeter-Sprenggranaten **hergestellt. Den Arbeitern** und Arbeiterinnen dieses Betriebes wurde erklärt, daß die Bestellung vom [illegible] **ausgegangen ist. Die Arbeiterschaft** betrachtet diese Erklärung als ein Beruhigungsmanöver, um nichts von dem Charakter **dieser Kriegsproduktion an** die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. Nachdem trotz aller Abrüstungsphrasen fortlaufend **Transporte von Waffen und Munitionslieferungen** deutscher Chemie- und Metallbetriebe an das Ausland, vor allem an Japan, **festgestellt wurden, nachdem die** Oeffentlichkeit davon unterrichtet ist, daß im Hamburger Hafen ungeheure Transporte von Kriegsmaterialien **nach Japan gehen,** läßt sich auch die Arbeiterschaft der AG für Kartonagenindustrie nicht in ihrer Annahme täuschen, **daß die Lieferung der in diesem** Betrieb hergestellten Sprengstoffhülsen dazu bestimmt ist, chinesische und japanische Klassengenossen **hinzumorden. Unser Bild** zeigt eine solche Sprengstoffhülse aus der Kartonagen-AG.

Die Kriegslieferungen deutscher Betriebe an Japan und andere Staaten beweisen mit aller Deutlichkeit, daß die deutsche Bourgeoisie mit den imperialistischen Kriegstreibern gemeinsame Sache macht. Die Industriekapitäne, die durch die Kriegslieferungen ungeheure Profite einstecken, betätigen sich immer offener an den Interventionsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Ihre stärkste Stütze bei diesen Vorbereitungen finden sie in der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie. Alle Phrasen über Abrüstungen sind weiter nichts als neue Schwindelmanöver, um die Arbeiterschaft vom Kampf gegen den imperialistischen Krieg abzuhalten.

In schamloser Weise erklärten SPD- und ADGB-Führer, daß der Krieg im Fernen Osten der Arbeiterschaft nur von Nutzen sein könnte. So wollen die Führer der „Eisernen Front" den Mord im Dienste des Kapitals der Arbeiterschaft unter dem Deckmantel „Arbeitsbeschaffung" schmackhaft machen. Durch Herstellung von Gasen und Granaten zur Vernichtung chinesischer und japanischer Klassenbrüder — zur Vorbereitung des bewaffneten Angriffes auf das Vaterland der Werktätigen — die Sowjetunion, sollen sich die Arbeiter hergeben. Aber immer klarer erkennt das deutsche Proletariat, daß die Waffen und Kriegsmaterialien, die gegen seine Klassengenossen in China und der Sowjetunion gerichtet sind, **einen Schlag gegen sie selbst bedeuten.**

Den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und seine Wegbereiter, den Kampf gegen den Faschismus, führt einzig und allein die Kommunistische Internationale. **In allen Ländern mobilisieren die Kommunisten die gesamten werktätigen Massen gegen ein neues Völkermorden, gegen die Massenabschlachtung von Proletariern.** Sie organisieren die rote Einheitsfront zur Verteidigung der chinesischen Sowjetgebiete und der Sowjetunion, die gleichzeitig Verteidigung der Existenzforderungen aller Werktätigen ist.

In allen Ländern rüsten die Werktätigen zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg!

Am 6. April findet in ganz Deutschland der Kampftag gegen den imperialistischen Krieg statt. Sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen, Gewerkschaftsmitglieder, ihr steht im Gegensatz zu euren Führern, die mit aller Macht den imperialistischen Krieg vorbereiten helfen und euch mit heuchlerischen pazifistischen Phrasen hinhalten wollen. Gebt ihnen die Antwort! Marschiert Schulter an Schulter mit der revolutionären Arbeiterschaft gegen die imperialistischen Kriegstreiber und ihre Helfershelfer zum Kampfe um Arbeit, Brot und Frieden! **Heraus zum Massenaufmarsch der Dresdner Arbeiterschaft am 6. April, zur Verteidigung der chinesischen Revolution, zur Verteidigung Sowjetrußlands!**

Betriebsarbeiter! Keinen Handschlag für die Herstellung von Kriegsproduktion, übt Solidarität mit euren chinesischen und russischen Klassengenossen!

Rüstet zum Antikriegstag am 6. April!